



STANDPUNKT

focus 3/20

Mai

Städte und Gemeinden: verlässlich in der Krise



Renate Amstutz
Direktorin Schweizerischer
Städteverband

Eine vertiefte Umfrage bei allen 131 Mitgliedern des Schweizerischen Städteverbandes zeichnet ein erstes Bild. Die Covid-19-Krise und die Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben schwerwiegende, mehrheitlich aber noch kaum quantifizierbare Auswirkungen auf viele Städte und ihre Finanzhaushalte.

Bund und Kantone mussten unter Notrecht schnell handeln. Die Umfrage bestätigt nun aber auch: Städte und Gemeinden haben ebenfalls unverzüglich alles in ihrer Macht Stehende unternommen und leisten mit Innovationskraft und Pragmatismus Ausserordentliches, um Wirtschaft und Bevölkerung unter die Arme zu greifen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Vertrauen, das den Behörden aller Staatsebenen in dieser Ausnahmesituation entgegengebracht wird, und damit zum sozialen Frieden. Der Städteverband hat darum von Anfang an gefordert, dass Entscheide unter Notrecht, welche zentrale Leistungsbereiche der Städte betreffen, nicht ohne deren Einbezug getroffen werden dürfen – wegen der wichtigen Rolle der Städte, und wegen der massiven Auswirkungen auf sie.

Die Schweiz nach Covid-19 wird wohl nicht nur aus finanziellen Gründen anders sein als

zuvor. Wie wird der Umgang mit dem öffentlichen Raum sich verändern? Wie werden Stadtentwicklung und Quartiere, Mobilität, Konsumverhalten, Digitalisierung, Organisation der Arbeitswelt aussehen? Wie nachhaltig verändern Menschen ihr Verhalten nach dieser Erfahrung? Einiges, was vor Kurzem noch undenkbar erschien, entpuppte sich plötzlich als machbar. Doch die Thesen zur Zukunft sind derzeit, wenig überraschend, kontrovers. Gesichert scheint eines: Wir können uns alle nicht mehr darauf verlassen, in unangefochtener Sicherheit zu leben.

Umso mehr müssen Städte und Gemeinden handlungsfähig bleiben. Die gegenwärtig entstehenden ausserordentlichen hohen Belastungen für die Bundes- und Kantonebene dürfen nicht auf die ebenfalls äusserst stark belastete kommunale Ebene abgewälzt werden. Ganz im Gegenteil: Diese Ebene ist unbedingt zu stärken; denn nach dem Notrecht lebt wieder das Subsidiaritätsprinzip auf. Dann müssen die Städte, die sehr nahe an ihrer Bevölkerung und Wirtschaft sind und nicht nur in der Krise, sondern auch im Alltag Enormes leisten, wieder mit ihrer gewohnten Gestaltungskraft arbeiten. Sie sollen dies, sie wollen es – und sie können es. Die Krise beschäftigt uns jetzt, und sie wird dies noch während sehr langer Zeit tun. Auch dann brauchen wir starke Städte und Gemeinden – Hand in Hand mit Bund und Kantonen.

Liebe Leserin, lieber Leser

Die aktuelle Krise reiss ein Loch in die Finanzhaushalte der Städte und Gemeinden. Das genaue Ausmass wird erst 2021 ersichtlich sein. Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor in der Finanzplanung ist derzeit die gleichzeitig laufende Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) in den Kantonen. Auch wenn diese gehalten sind, die Auswirkungen der Reform auf die Gemeinden angemessen abzugelten, sind Steuerausfälle zu erwarten.

Wie wollen die Städte diese herausfordernde finanzielle Situation bewältigen? Eine Umfrage des Städteverbandes ermöglicht eine erste Bestandesaufnahme: Im Vordergrund stehen eine Erhöhung der Verschuldung, Ausgabenreduktionen oder die Verwendung des Vermögens – Steuererhöhungen sollen wenn möglich vermieden werden. Mehr dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe des «focus».

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Der Tessiner Tourismus wurde hart auf die Probe gestellt»


Marco Borradori
Stadtpräsident von Lugano

Geboren am 6. Juni 1959 in Lugano, schliesst Marco Borradori 1983 sein Studium der Rechtswissenschaften in Zürich ab und wird 1986 Anwalt und Notar. 1991 wird er für die Lega dei Ticinesi in den Nationalrat gewählt und 1992 in den Gemeinderat Lugano. 1995 kandidiert er für den Staatsrat und wird Vorsteher des kantonalen Baudepartements (Dipartimento del Territorio). Seit 2013 amtiert Marco Borradori als Stadtpräsident von Lugano. Er ist Vorsteher des Departements für Institutionen (Dicastero istituzioni) mit der Gemeindkanzlei, den Abteilungen Personal, Kommunikation und institutionelle Beziehungen, der Wirtschaftsförderung und dem Quartieramt.

Wie erleben Sie Ihre Stadt zu Zeiten des Coronavirus?

Ich habe immer noch das Bild der leeren Plätze und Strassen von Lugano vor Augen, wie wir sie während des Lockdowns erlebt haben. Der unsichtbare Virus hat uns für lange Zeit von unseren Lieben ferngehalten, unsere persönliche Freiheit eingeschränkt, unsere sozialen und kulturellen Beziehungen auf Null runtergefahren, Wirtschaft und Tourismus lahmgelegt. Mit den Lockerungen der Massnahmen findet die Stadt langsam in eine Normalität zurück, die jedoch anders ist als die uns bisher vertraute. Wir werden weiterhin die Hygienemassnahmen und das Social Distancing einhalten müssen.

Welche besonderen Herausforderungen hatte und hat Lugano diesbezüglich zu bewältigen?

Die Stadtregierung hat rechtzeitig erste Schritte unternommen, um die Verbreitung der Pandemie in Schranken zu halten. Ich denke da an die frühzeitige Schliessung der Schulen, an die rasch eingeführten Massnahmen betreffend öffentliche Anlässe und Sportaktivitäten sowie zum Schutz der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Die Stadt hat eine Hotline für besonders gefährdete Personen eingerichtet und hat als eine der ersten Gemeinden eine Reihe von spezifischen Massnahmen zugunsten der Wirtschaft ergriffen und somit zur Liquiditätserhaltung der kleinen und mittleren Betriebe beigetragen.

Wie verläuft die Zusammenarbeit mit Bund und Kanton?

Die Zusammenarbeit verläuft sehr gut. Wir sind in ständigem Kontakt mit dem kantonalen Führungsstab. Eine städtische Koordinationsstelle erstellt entsprechend den kantonalen und eidgenössischen Vorschriften neue Vorsorge- und Schutzmassnahmen. Dank der Unterstützung der Institutionen und der Bevölkerung war es möglich, Leben zu retten und den Tessiner Gesundheitseinrichtungen die ohnehin schon schwere Arbeit zu erleichtern.

Wenn Sie auf die letzten Wochen zurückblicken: Was lief gut und wo wurden Fehler gemacht?

Wir haben rasch und sachlich auf die aussergewöhnliche Situation reagiert. Die Beschlüsse der Stadtregierung waren auf die Bedürfnisse und Eigenheiten der Stadt Lugano ausgerichtet, wenn nötig unter Abänderung der kantonalen Weisungen. Es waren arbeitsintensive Wochen, in denen die Eindämmung der Ansteckungsgefahr und der Gesundheitsschutz der Bevölkerung absolute Priorität hatten, gleichzeitig haben wir uns aber auch auf den bevorstehenden Neustart vorbereitet. Im Moment konzentrieren wir uns auf die bestmögliche Einschränkung der negativen Folgen der Krise auf die heutige und zukünftige Wirtschaft.

Inwiefern hat sich Ihre Rolle als Stadtpräsident in der Krise verändert?

Wir haben von Anfang an alle unsere Kräfte

vereinigt, um uns für die schwächeren Bevölkerungsgruppen und für die Wirtschaft einzusetzen. Die vergangenen Wochen des Lockdowns im Tessin haben uns unmissverständlich vor Augen geführt, dass ohne den Schutz der öffentlichen Gesundheit keine Wirtschaftsform bestehen kann.

Wie steht es um den Tourismus im Kanton Tessin?

Der Tessiner Tourismus wurde durch den Notstand hart auf die Probe gestellt. Er wird sich nur schrittweise erholen, da ja in nächster Zukunft Anreisen aus dem Ausland grösstenteils ausbleiben und Hotels und Restaurants unter Einhaltung der Hygienemassnahmen und der räumlichen Distanzierung betrieben werden müssen.

Wie sieht Lugano in 20 Jahren aus?

Lugano ist meine Stadt, hier bin ich geboren, hier fühle ich mich wohl. Und ich lege grossen Wert darauf, dass ihren Bewohnern eine zufriedenstellende Lebensqualität gewährleistet ist. Wie ich mir Lugano in 20 Jahren vorstelle? Als solidarische und gastfreundliche Stadt, offen für lokale, nationale und internationale Zusammenarbeit. Als eine künstlerisch, kulturell und touristisch attraktive Stadt mit einer innovativen Wirtschaft im Zeichen von Qualität und Wachstum. Sie pflegt einen schonenden Umgang mit der Landschaft und dem Geschichts- und Kulturerbe und fördert eine bewusste Nutzung von Umwelt- und Energieressourcen.

THEMA

Städtische Finanzhaushalte und Corona-Krise: eine erste Bestandaufnahme

Die aktuelle Krise und die Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie werden schwerwiegende Auswirkungen auf Städte und Gemeinden und auf ihre Finanzhaushalte haben. Eine Umfrage des Städteverbandes bei seinen 131 Mitgliedstädten zeigt erste Tendenzen auf und gibt eine Übersicht über die konkreten Massnahmen, welche die Städte und Gemeinden im Zusammenhang mit der Corona-Krise ergriffen haben.



Michael Felber
Leiter Finanz- und Wirtschaftspolitik beim Schweizerischen Städteverband

Eine erste Bestandaufnahme bei den Städten und Gemeinden zeigt: Die konkreten Auswirkungen auf den Finanzhaushalt können zum jetzigen Zeitpunkt nur teilweise eingeschätzt werden. Es gibt aktuell noch zu viele Ungewissheiten, um beispielsweise eine präzise Schätzung der finanziellen Lage der Städte und Gemeinden für das ganze Jahr 2020 oder gar das Budget 2021 vorzunehmen. Dies hängt nicht zuletzt auch von der Dauer der vom Bundesrat verordneten Einschränkungen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Monaten ab. Die befragten Städte befürchten zudem zusätzliche Ertragsausfälle durch die Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) auf kantonaler Ebene. Die Umfrage zeigt aber, dass die Städte grossmehrheitlich auf Steuererhöhungen verzichten und die zu erwartenden finanziellen Einbussen durch Ausgabenreduktionen, Verwendung des Vermögens oder eine Erhöhung der Verschuldung kompensieren möchten.

«Die Umfrage zeigt, dass die Städte grossmehrheitlich auf Steuererhöhungen verzichten möchten.»

Häufige Massnahmen zugunsten des lokalen Gewerbes und der Kultur

Rund 80% der Städte haben Massnahmen zugunsten ihrer geschäftlichen Mieter und Mieterinnen ergriffen. Konkret durch einen Verzicht oder eine Reduktion der Mietzinsen oder eine Stundung während des Lockdowns. Eine Mehrheit der Städte hat zudem weitere Massnahmen zugunsten des Gewer-

bes und der Selbständigen ergriffen. So wurden Überbrückungskredite und Finanzhilfen gesprochen, Online-Portale finanziell unterstützt, Gutscheine verteilt, Bauaufträge ausgelöst sowie alle offenen Kreditorenrechnungen unverzüglich beglichen. In der Kultur sind die Subventionen unabhängig von der Schliessung weiter ausbezahlt worden und auch die bereits beschlossenen Beiträge für Veranstaltungen, welche abgesagt werden mussten, sind überwiesen worden.

Grosse Unterschiede bei der familienergänzenden Kinderbetreuung

In anderen Bereichen ist es momentan noch zu früh die finanziellen Auswirkungen einzuschätzen. So stellten die Städte zu Beginn der Krise durchaus eine Steigerung der Neuanmeldungen für die Sozialhilfe fest. Die Hilfspakete des Bundes haben diese Entwicklung aber mittlerweile gebremst. Wie sich die Zahl der Sozialfälle und somit auch die Kosten entwickeln werden, hängt sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Monaten ab.

Im Bereich der Kinderbetreuung sind grosse Unterschiede bei den Einnahmeausfällen (Kitas, Tagesschulen) feststellbar. Die kantonale Unterstützung fällt dabei sehr unterschiedlich aus. Zahlreiche Gemeinden und Städte haben privat geführte Kitas durch finanzielle Überbrückungen, Defizitbeiträge, die Aufrechterhaltung von Subventionszahlungen oder die Übernahme von Elternbeiträgen unterstützt.

«Im Bereich der Kinderbetreuung sind grosse Unterschiede bei den Einnahmeausfällen feststellbar. Die kantonale Unterstützung fällt dabei sehr unterschiedlich aus.»

Auch durch die vom Bundesrat verordnete Schliessung von Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen müssen die Städte mit finanzi-

ellen Einbussen rechnen. Einige Städte haben zudem beschlossen, auf Gebühren (Nutzung des öffentlichen Raums, Parkgebühren, Marktstände) zu verzichten. Die konkreten Einnahmeausfälle auf das Jahresergebnis 2020 sind jedoch noch nicht bezifferbar.

Kantonale Umsetzung der STAF als weiterer Unsicherheitsfaktor

Die städtischen Rechnungsabschlüsse dürften durch die Corona-Krise abrupt ins Negative führen. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die gleichzeitige kantonale Umsetzung der STAF. Aufgrund der bestehenden finanziellen Unsicherheit ist es jetzt umso wichtiger, dass die Kantone einen fairen Lastenausgleich anstreben und dabei die Gemeindeklausel umsetzen, welche der Städteverband bei der Erarbeitung der STAF vehement gefordert hatte. Die Klausel verlangt, den Gemeinden die finanziellen Auswirkungen der Steuersenkungen auf kantonaler Ebene angemessen abzugelten.

«Bei der Umsetzung der STAF ist es jetzt umso wichtiger, dass die Kantone einen fairen Lastenausgleich anstreben und dabei die Gemeindeklausel umsetzen.»

Bei der familienexternen Kinderbetreuung hat sich der Städteverband bereits vor der ausserordentlichen Session für eine finanzielle Unterstützung der betroffenen Institutionen eingesetzt. Das Parlament hat daraufhin entschieden, einen Unterstützungsbeitrag von 65 Millionen zu leisten. Nun ist dafür zu sorgen, dass dieses Geld effizient und unkompliziert bei den Kitas und Tagesschulen ankommt.

Im Verkehrsbereich sind die finanziellen Auswirkungen aktuell schwierig zu beziffern. Bei den stadt-eigenen Verkehrsbetrieben muss jedoch mit hohen finanziellen Einbussen gerechnet werden. Hier wird auch die Frage sehr wichtig sein, ob für die städtischen Verkehrsbetriebe Kurzarbeit entschädigt wird oder nicht. Bezüglich Ausfallentschädigungen müssen Ortsverkehrsbetriebe zudem vom Bund gleich behandelt werden wie die Unternehmen des Regional- und Fernverkehrs.

POLITIK

Rückblick auf die ausserordentliche Session und Ausblick auf Sommersession

Der Städteverband hat die ausserordentliche Session eng begleitet und freut sich über die positiven Entscheide im Bereich der Kinderkrippen und des öffentlichen Verkehrs. In der Sommersession hofft der Städteverband auf einen raschen Abschluss der Vorlagen zu den Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose sowie zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes.

Ausserordentliche Session:

Parlament unterstützt Kitas

Das Parlament anerkennt die grosse Bedeutung der Kinderkrippen für die Familien und die Wirtschaft. Es hat Finanzhilfen im Umfang von 65 Millionen Franken bewilligt, mit denen die Kantone, Städte und Gemeinden in ihrem Engagement für die Kinderbetreuungsinstitutionen unterstützt werden. Der Städteverband begrüsst diesen Entscheid. Eine von ihm durchgeführte Umfrage hatte gezeigt, dass viele Kindertagesstätten aufgrund der Corona-Krise in eine kritische finanzielle Situation geraten sind.

Unterstützung des öffentlichen Verkehrs

Auch im Verkehr fanden die Anliegen des Städteverbandes Gehör. Das Parlament will, dass der Bund zusammen mit den Kantonen und Transportunternehmen eine Vorlage zur Abschwächung der Ertragsausfälle im öffentlichen Verkehr ausarbeitet. Dem Städteverband ist es ein Anliegen, dass der Ortsverkehr dabei berücksichtigt wird.

Finanzhilfen unter Dach und Fach

Das Parlament das mehr als 57 Milliarden Franken schwere Corona-Kreditpaket ohne Kürzungen bewilligt. Vorgesehen sind unter anderem 40 Milliarden Franken für KMU, 6 Milliarden Franken für Kurzarbeitsentschädigung, 5,3 Milliarden Franken für Erwerbserersatz für Selbständige und aus städtischer Sicht wichtig auch die Zusicherung eines Kredits von 280 Millionen für die Kultur.

Sommersession:

Unterstützung der Klimapolitik

Die Totalrevision des CO₂-Gesetzes konnte wegen des Abbruchs der Frühjahrsession im März nicht zu Ende beraten werden und ist nun für die Sommersession traktandiert. Der Städteverband hofft auf eine rasche Verabschiedung der Revision des CO₂-Gesetzes und zwar in der vorliegenden, griffigen Form. Die Vorlage unterstützt wichtige Klimamassnahmen in den Städten wie Gebäudesanierungen, alternative Antriebsformen im öffentlichen Verkehr, den Ausbau thermischer Netze und den Umbau der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien.

Überbrückungsleistungen

Die Überbrückungsleistungen entlasten Ergänzungleistungen und Sozialhilfe, was aus Sicht der Städte und Gemeinden zu begrüßen ist. Durch das frühzeitige Ende der Frühjahrsession wurde die Beratung der Vorlage unterbrochen. Die nationalrätliche Kommission für

soziale Sicherheit und Gesundheit hat sich in der Zwischenzeit dem Beschluss des Ständerates angenähert. Als einzige Differenz verbleibt die Höhe des Plafonds für Alleinstehende.

Motion Arbeit dank Bildung

Eine Motion von Nationalrat Kurt Fluri fordert, dass im Rahmen der BFI-Botschaft 2021-2024 für die Förderung von Grundkompetenzen mehr Geld für die berufliche Qualifizierung von Sozialhilfebeziehenden eingestellt wird. Erhebungen städtischer Sozialdienste zeigen auf, dass ein nicht unwesentlicher Teil von Sozialhilfebezügern wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden könnte, wenn Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, IT-Kenntnisse) konsequent verbessert werden. Die Bundesgelder sollen dazu führen, dass ein solches Angebot systematisch in allen Kantonen aufgebaut wird. Der Städteverband begrüsst die Vorlage.

Einfacher Zugang zum Zivildienst

Der Bundesrat will die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst senken. Die nationalrätliche sicherheitspolitische Kommission hat in ihrer letzten Sitzung beantragt, dem Ständerat zu folgen und die bestehende Differenz, welche die Wartefrist von 12 Monaten betrifft, auszuräumen. Der Städteverband stellt sich gegen eine Verschärfung des Zugangs zum Zivildienst. Dies, weil Zivildienstleistende in der Schule als auch weiteren städtischen Institutionen, wie Altersheimen, zum Einsatz kommen.

Vernehmlassungen

Risiko beim Einsatz von Pestiziden minimieren (Pa.Iv. 19475)

Das Trinkwasser ist ein besonders schützenswertes Gut. 2019 wurde deutlich, dass Pflanzenschutzmittel (PSM) die Trinkwasserressourcen der Schweiz gefährden und Massnahmen bei der Aufbereitung nötig sind. Dies verursacht deutliche finanzielle Aufwände bei den betroffenen Trinkwassererzeugern. Der Städteverband verlangt in seiner Stellungnahme zum Vorentwurf

zur Parlamentarischen Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» der WAK-S eine verursacherorientierte Finanzierung der Investitionen in die Trinkwasseraufbereitung, welche durch PSM-Belastungen jetzt und noch in kommenden Jahrzehnten notwendig sein werden.

Zum Thema Trinkwasser sind derzeit die beiden Volksinitiativen «Für ein sauberes Trinkwasser» und «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» hängig. Im Hinblick

auf den weiteren politischen Prozess appelliert der Städteverband an die WAK-S, die vorliegende Parlamentarische Initiative zu einem direkten Gegenvorschlag zu den beiden Volksinitiativen zu erweitern und mit Bestimmungen zur verursacherorientierten Finanzierung der Trinkwasserinfrastruktur zu ergänzen.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Statistik der Schweizer Städte 2020 widmet sich den Agglomerationen



Die diesjährige Ausgabe der Statistik der Schweizer Städte wirft einen Blick über die Kernstadtgrenzen hinaus und widmet sich schwerpunktmässig den 49 Agglomerationen der Schweiz. Anhand detaillierter Daten zeigt das Jahrbuch auf, wie stark die Bevölkerung in den Agglomerationen gewachsen ist, welchen Beschäftigungen nachgegangen wird, welche Unternehmenszweige sich niederlassen, wie es um die genutzte Wohnfläche steht oder welche Art von Mobilität in den Agglomerationen genutzt wird. Heute leben 73 Prozent der Bevölkerung der Schweiz in den 49 Agglomerationen und ihren Kernstädten. Betrachtet man die Bevölkerung des ganzen Raums mit städtischen Charakter, kommt die urbane Schweiz auf einen Bevölkerungsanteil von 83%. Während die Gesamtfläche der Agglomerationen 1998 noch 6452 km² ausmachte, nimmt sie heute mit 11364 km² (Stand 2019) fast doppelt soviel Raum ein wie vor zwanzig Jahren. Die Statistik der Schweizer Städte erscheint in Kooperation zwischen dem Städteverband und dem Bundesamt für Statistik. Die Ergebnisse des Jahrbuchs basieren auf Angaben aus 171 Städten und städtischen Gemeinden.

www.staedteverband.ch

14 Städte und Gemeinden unterzeichnen gemeinsame Klima- und Energiecharta



Trotz der aktuellen Krise ist auch der Klimaschutz notwendiger denn je. Die Städte verfügen über wirksame Hebel, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Sie wollen deshalb ihr langjähriges, vielseitiges Engagement trotz der aktuell herausfordernden Situation fortsetzen. Eine Reihe von Schweizer Städten und Gemeinden haben im letzten halben Jahr gemeinsam die «Klima- und Energie-Charta Städte und Gemeinden» erarbeitet. Diese vereint die unterzeichnenden Städte und Gemeinden in einem gemeinsamen Bekenntnis zu einem engagierten und wirkungsvollen Klimaschutz. Die an der Ausarbeitung beteiligten Städte wurden Anfang März eingeladen, die Charta zu unterzeichnen. Inzwischen haben Aarau, Baden, Basel-Stadt, Bern, Burgdorf, Köniz,

Landquart, Lausanne, Luzern, Schaffhausen, St.Gallen, Thun, Wil und Zürich die Charta ratifiziert. Der Städteverband lädt seine Mitglieder und weitere Städte und Gemeinden ein, die Charta zu unterzeichnen. Interessierte Städte und Gemeinden melden sich beim Klima-Bündnis Schweiz, bei dem die kommissarische Geschäftsführung der Charta liegt.

Die Städte engagieren sich bereits lange für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik. Auch von Bund und Kantonen ist ein entschlossenes Handeln gefordert. Es braucht Rahmenbedingungen, die den Städten Investitions- und Planungssicherheit bieten.

www.staedteverband.ch

Neues «Netzwerk urbane Logistik» fördert Austausch unter den Städten



Der Schweizerische Städteverband begleitet neu das «Netzwerk urbane Logistik». Die lose Vereinigung von Verantwortlichen für den Güterverkehr in Städten dient dem institutionalisierten Austausch und der Diskussion der neusten Entwicklungen beim Transport, dem Umschlag und der Lagerung von Waren in Stadtregionen. Die Lieferwagenflotten und der Onlinehandel wachsen stark. Dies ruft nach Konzepten, die eine Versorgung und Entsorgung der Städte ohne übermässiges Verkehrswachstum gewährleisten. Dazu gehören Orte, an welchen Waren gebündelt angeliefert und danach von geeigneten Verkehrsmitteln wie zum Beispiel Cargo-Velos fein verteilt werden. Zum anderen wird auch mit Paketdepots in Quartieren experimentiert, die zu neuen zentralen Orten weiterentwickelt werden können. Nähere Informationen zum Netzwerk und für Städte oder Fachpersonen, die an einer Teilnahme interessiert sind: paul.schneeberger@staedteverband.ch.

Coronavirus: Informationen für Städte und Gemeinden auf unserer Webseite



Der Schweizerische Städteverband hat die Coronakrise und deren Auswirkungen auf die Städte und städtischen Gemeinden in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt. Nützliche Informationen, Hilfestellungen und Positionen finden sich in einem Dossier auf der Webseite des Verbandes.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Ferienangebote an Schulen

Als Reaktion auf die negativen Folgen der Corona-Krise möchte die Stiftung «IdéeSport» während der Sommerferien kostenlose Bewegungs- und Begegnungswochen an Schweizer Primarschulen organisieren. Interessierte Städte und Gemeinden, die an ihren Schulen Angebote mitgestalten möchten, können sich auf der Website der Stiftung anmelden.

www.ideesport.ch

Plakataktion gegen häusliche Gewalt

Die Lancierung einer nationalen Plakataktion der «Taskforce gegen häusliche Gewalt» möchte auf Hilfsangebote für Betroffene aufmerksam machen. Die Verbreitung der Plakate in Räumlichkeiten des alltäglichen Bedarfs will Betroffenen und Angehörigen Mut machen, sich bei einer Opferberatungsstelle zu informieren oder beraten zu lassen. Um einen möglichst breiten Bevölkerungskreis zu erreichen, gibt es die Plakate in 13 Sprachen.

www.migesplus.ch

Zero-Waste-Strategie für Städte

Eine italienische Kleinstadt hat den Kampf gegen Abfall- und Plastikberge ausgerufen. Als erste Stadt Europas hat Capannori eine umfassende Zero-Waste-Strategie entwickelt: Mit getrennten Abfallsammlungen, Tür-zu-Tür Entsorgung, Wiederverwertungsstationen und verpackungslosen Produkten hat die Stadt ihr Abfallvolumen drastisch reduzieren können. Der Initiant Rossano Ercolini, der inzwischen auch Präsident von Zero Waste Europe ist, berichtet in einer Ausgabe des Magazins Pro Natura über die Idee und die Erfolge des Projekts.

www.pronatura.ch

Kühle Büro- und Gewerberäume

Die Broschüre «Cool-bleiben» zeigt auf, wie Büro- und Gewerberäume während der Hitzetage im Sommer mittels alternativen Methoden und ohne Klimaanlage gekühlt werden können. Die Broschüre kann als Printversion bestellt oder im Internet unter folgendem Link eingesehen werden.

www.energieschweiz.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 27.-28. August 2020** **Städtetag 2020** in Thun
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 26.-27. August 2021** **Städtetag 2021**
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Sektionen und Arbeitsgruppen des Schweizerischen Städteverbandes

- 8. September 2020** **Netzwerk Lebendige Quartiere vor Ort** in Suhr
Information: Dominic Blumenthal, Telefon 031 356 32 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 3. November 2020** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: Dominic Blumenthal, Telefon 031 356 32 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 23. November 2020** **Herbstforum der Städtekonferenz Mobilität** in Bern
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch

Weitere Organisationen

- Verschoben**
Datum noch offen **Spielkonferenz «Bespielbare Städte»** in Bern
Information: www.pj.projuventute.ch
- 22. Juni 2020** **Dem Klimawandel mit mehr Natur begegnen** in Biel (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch
- 25. Juni 2020** **Zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund** in Olten
Information: www.fhnw.ch
- 19./20. August 2020** **Aargauer Demokratietage** in Aarau
Information: www.zdaarau.ch
- ab 26. August 2020** **Attraktive Freiräume für die urbane Gesellschaft von morgen** in Biel, Spreitenbach, Winterthur (Patronat: SSV)
Information: www.sanu.ch
- 2. September 2020** **AEE SUISSE Kongress 2020 «Beschleunigung! Mehr Schub für die Energiewende»** in Solothurn (Patronat: SSV)
Information: www.aee-kongress.ch
- 3. September 2020** **asut-Konferenz «Mehr IoT oder Nightmare IoT»** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.asut.ch
- 15. September 2020** **Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Netto-Null-Mobilität** in Biel (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch
- 27./28. Oktober 2020** **Partizipative Prozesse erfolgreich gestalten** in Winterthur und Lichtensteig (Patronat: SSV)
Information: www.sanu.ch
- 19. November 2020** **Öffentliche Beschaffung nachhaltig und rechtskonform gestalten** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Michael Felber, Martin Flügel, Carol Mauerhofer, Lynn Moser, Maja Münstermann, Paul Schneeberger;
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Foto Seite 1: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch